



Frau  
Katja Keul  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Hans-Joachim Otto MdB**  
Parlamentarischer Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 6114

FAX +49 30 18615 5103

E-MAIL [hans-joachim.otto@bmwi.bund.de](mailto:hans-joachim.otto@bmwi.bund.de)

DATUM Berlin, 6. November 2012

## Schriftliche Fragen an die Bundesregierung im Monat Oktober 2012 Fragen Nr. 272 und 274

Sehr geehrte Frau Kollegin,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

### Frage Nr. 272

**Was spricht aus Sicht der Bundesregierung dagegen, Rüstungsexporte an Diktaturen und undemokratische Regime auszuschließen, wie es derzeit Schweden im Wege der Gesetzesänderung vorhat?**

### Antwort:

Nach dem Außenwirtschaftsgesetz sind Einschränkungen der Außenhandelsfreiheit möglich, insbesondere, um eine Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker oder eine erhebliche Störung der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu verhüten.

Vor diesem Hintergrund entscheidet die Bundesregierung über Rüstungsexporte jeweils im Einzelfall auf Grundlage der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 2000 und des „Gemeinsamen Standpunktes 2008/944/GASP des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“.

Pauschale Beschränkungen aufgrund der in einem Empfängerland herrschenden Regierungsform sind – jenseits von Sanktionsbeschlüssen, z. B. der Vereinten Nationen oder der Europäischen Union, – derzeit rechtlich nicht vorgesehen. Derartige Beschränkungen wären nicht mit einer differenzierten und sorgfältigen Einzelfallprüfung, insbesondere unter außen- und sicherheitspolitischen Gesichtspunkten, zu vereinbaren. Zudem wären sie nur sehr schwer operationalisierbar und würden aus Sicht der Bundesregierung keinen außen- und sicherheitspolitischen Mehrwert im Vergleich zu den bisher angewandten Regeln bedeuten.

Hingegen erlauben die bewährten „Politischen Grundsätze“ sowie der „Gemeinsame Standpunkt“ eine differenzierte Beurteilung von Ausfuhrfällen im Rahmen der internationalen und gesetzlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland. Diese Beurteilung orientiert sich dabei stets am Sicherheitsbedürfnis der Bundesrepublik Deutschland und ihren außenpolitischen Interessen.

Eine besondere Bedeutung kommt im Rahmen der sorgfältigen Einzelfallprüfung den Kriterien 2 (Achtung der Menschenrechte), 3 (Innere Lage im Endbestimmungsland als Ergebnis von Spannungen oder bewaffneten Konflikten) und 4 (Aufrechterhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region) des „Gemeinsamen Standpunkts“ zu. Zusammen mit den anderen Kriterien, insbesondere dem Kriterium 6 (Verhalten des Käuferlandes gegenüber der internationalen Gemeinschaft, unter besonderer Berücksichtigung seiner Haltung zum Terrorismus, der Art der von ihm eingegangenen Bündnisse und der Einhaltung des Völkerrechts) erlauben sie eine differenzierte und sachgerechte Prüfung von Anträgen auf Ausfuhrgenehmigung im Lichte der potentiellen Verwendung der auszuführenden Rüstungsgüter, ohne dass pauschale Beschränkungen aufgrund der in einem Empfängerland herrschenden Regierungsform erforderlich wären.

#### **Frage Nr. 274**

**Wie viele Rüstungsgeschäfte mit Staaten, die Hilfen aus der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität oder dem Europäischen Stabilitätsmechanismus beantragt haben, sind durch Hermesbürgschaften abgesichert, und mit Zahlungsausfällen in welcher Größenordnung rechnet die Bundesregierung?**

#### **Antwort:**

Derzeit besteht eine im Jahr 2003 übernommene Exportkreditgarantie des Bundes für ein Rüstungsgeschäft mit Griechenland. Hier steht die Schlussrate in Höhe von 5,5 Mio. Euro aus. Exportkreditgarantien für Rüstungsgeschäfte mit anderen Staaten, die Hilfen

Seite 3 von 3 aus der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität oder dem Europäischen Stabilitätsmechanismus beantragt haben, bestehen nicht.

Mit freundlichen Grüßen



(Hans-Joachim Otto)